

Dem Artensterben entgegenwirken: Neues Naturschutzgesetz für NRW



45 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in NRW sind gefährdet oder bereits ausgestorben. Zudem meldet der EU-Umweltbericht, dass jede dritte Vogelart auf der Warnliste steht. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir ein neues Naturschutzgesetz vorgelegt, das im

November vom Landtag verabschiedet wurde. Besonders deutlich zeigt sich der Artenverlust bei den Streuobstwiesen, die für viele Tiere wie Steinkauz und Wildbienen einzigartige Lebensräume darstellen. Leider mussten in der Vergangenheit immer mehr Streuobstwiesen der landwirtschaftlichen Nutzung weichen. Mit dem Landesnaturschutzgesetz haben wir diese Wiesen nun unter Schutz gestellt. Zudem werden derzeit etwa 93 Prozent des Grünlandes in NRW intensiv – und damit artenarm – bewirtschaftet. Grünland sind in erster Linie Flächen, auf denen Kühe grasen. Mit dem neuen Gesetz soll ein weiterer Verlust dieses wichtigen Lebensraums verhindert werden. Auch in Zukunft werden diese Flächen landwirtschaftlich nutzbar sein, allerdings sol-

len sie nicht mehr in Ackerland umgewandelt werden können.

In intensiven Gesprächen, etwa mit Vertreter*innen des Naturschutzes, des Reitsports, der Jagd und der Landwirtschaft, haben wir viele Details erörtert und sind auf Vorschläge und Kritik eingegangen. Das Gesetz bringt den Naturschutz in NRW nach vorne. Gleichzeitig nimmt es aber Rücksicht auf diejenigen, die die Natur nutzen und davon leben.

Hier findet sich unsere Broschüre zum Thema Naturschutz: <http://gruene.fr/qu>.



FDP-Fraktion: Digitale Zukunft gestalten

NRW steckt voll guter Ideen, engagierter Gründer und innovativer Startups. Doch bei Gründungsquote, Finanzierungschancen für Unternehmen und Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Digitalisierung liegt das Land bestenfalls im Mittelfeld. Die FDP-Fraktion hat bei einem Zukunftskongress mit renommierten Experten, erfolgreichen Startups und 250 Gästen diskutiert, was nötig ist, um digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten.

„Ich habe keine Angst vor der Digitalisierung, sondern dass sie woanders stattfindet und nicht hier“, eröffnete FDP-Fraktionschef Christian Lindner den Abend und appellierte, die großen Chancen der Digitalisierung zu ergreifen. „Die wichtigste Reform, die wir brauchen, ist eine Mentalitätsreform. Wir müssen uns wieder etwas zutrauen und Chancen be-

tonen.“ Lindner benannte vier Punkte als Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels: mehr Freiheit für die Hochschulen, bessere Rahmenbedingungen für Investitionen privaten Kapitals in Startups, der Ausbau der Infrastruktur und der Abbau von Bürokratie.

Professor Frank Fitzek von der TU Dresden ließ die Besucher an seinem Blick in die Zukunft der vernetzten Welt mit selbstfahrenden Autos und neuen Arbeitswelten teilhaben. Grundvoraussetzung dafür: beste Bildung. Dem pflichtete Andreas Pinkwart, Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management, bei. Veränderungen der Digitalisierung müssen als Chance und Herausforderung begriffen werden und Pioniere besser gefördert werden.



Verfassungskolloquium im Landtag NRW: Mut zur Veränderung fehlt

Im Rahmen des Projekts Verfassungspiraten der Piratenfraktion NRW fanden im Landtag zwei Verfassungskolloquien statt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Silke Laskowski (Universität Kassel), Prof. Dr. Wolfram Cremer (Universität Bochum) und Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld) kamen Ende September junge Akademiker von drei Rechtsfakultäten zu einem Diskurs aktueller Verfassungsthemen zusammen. Im Oktober waren Mitarbeiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal unter Leitung von Prof. Dr. Hans J. Lietzmann zu Gast.

Die Piratenfraktion NRW führt damit die Diskussion zur Verfassungsänderung in NRW mit Vertretern rechts- und sozialwissenschaftlicher Fakultäten weiter. Ein Ergebnis: Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion



Mitarbeiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) – Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal zusammen mit Torsten Sommer, Sprecher der Piratenfraktion NRW in der Verfassungskommission.

zur Verfassung ist deutlich weiter als der politische Wille, sinnvolle und notwendige Änderungen umzusetzen. Der Mut zur Veränderung fehlt noch.

Auch das zweite Verfassungskolloquium hat gezeigt, dass Gesellschaft und Lehre erheblich weiter sind als die Politik. Der Landtag muss die Verfassung der gesellschaftlichen Realität und den Wünschen der Menschen in NRW anpassen. Dazu gehören auch die Themen Wahlalter, Ausländerwahlrecht und mehr direkte Demokratie.

Die Impulse des wissenschaftlichen Diskurses bringen die Piraten auf die Bühne des Landtags. Im November-Plenum wird der Antrag auf ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren debattiert.

